

11.3.63 1953

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P. XVIII/48

Bonn, den 11. März 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	Das grosse Ablenkungsmanöver ----- Gründe für die hektische CDU/CSU-Aktivität	44
2	Sorge um den Bundeskanzler ----- Er muß von allen Seiten "abgeschirmt" werden	35
3	"Spiegel-Bericht" der SPD-Bundestagsfraktion ----- Eine gewissenhafte Darstellung von ungeklärten Fragen, Unwahrheiten und Rechtsverstößen	51
4 - 4a	Der grosse Streik in Frankreich ----- Seine Ursachen und Auswirkungen Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	77
5 - 6	Früher von Stalin "liquidiert" - jetzt "Helden" ----- Es tauchen "Soldaten der Revolution" und "Helden der Sowjetunion" auf Auch Sowjetdeutsche werden gerühmt Von Rudolf Hornig	87

Chefredakteur Günter Markscheffel

Das große Ablenkungsmanöver

Gründe für die hektische CDU/CSU-Aktivität

G.M. - Die CDU hat in der vergangenen Woche eine hektische Aktivität entwickelt; es ist damit zu rechnen, daß sie auch noch weiter um sich schlagen wird. Wieviel Porzellan sie dabei zerschlägt, scheint sie nicht zu bemerken, denn verschiedene Vorgänge innerhalb der CDU/CSU deuten darauf hin, daß diese sehr brüchig gewordene Parteiengemeinschaft im Begriff ist, angesichts ihrer inneren Schwierigkeiten das Ganze zu vergessen. Das mag bedauerlich sein; man kann es jedoch nicht ändern, solange böse Claqueurkämpfe die Partei eines Dr. Adenauer innerlich zersetzen und daran hindern, staatspolitisch wirksam zu sein.

Wir wissen, daß die hektische Aktivität der CDU/CSU von drei Überlegungen ausgeht.

- 1) Der Wahlsieg der SPD in Berlin hat die CDU spüren lassen, daß die Zeit ihrer Vorherrschaft vorbei ist.
- 2) Die Ankündigung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, sie werde durch eine Gegenüberstellung der verschiedenen Antworten von Kabinettsmitgliedern auf Fragen in der sogenannten "Spiegel"-Affäre der Öffentlichkeit mitteilen, wieviele Unklarheiten offen geblieben, wieviele Unwahrheiten gesagt und Rechtsverstöße durch die Regierung und andere offizielle Stellen in der "Spiegel"-Affäre begangen worden sind, hat die CDU/CSU erschreckt.
- 3) Die CDU fürchtet die am 31. März 1963 in Rheinland-Pfalz stattfindenden Landtagswahlen, bei denen sie damit rechnen muß, ihre absolute Mehrheit zu verlieren; sie weiß, daß das Vorwärtsträngen der SPD unaufhaltsam ist.

Mit einem großen Ablenkungsmanöver von den nicht gelösten politischen Aufgaben in der Bundesrepublik versucht die CDU/CSU die Öffentlichkeit über den Zustand der Regierungsunfähigkeit des fünften Kabinetts Adenauer hinwegzutäuschen. Zu diesen ungelösten Aufgaben gehören - um nur einige zu nennen - :

Das völlige Durcheinander bei der Gestaltung eines ehrlichen Bundeshaushalts.

Die Hilflosigkeit der Bundesregierung gegenüber dem Problem der Kriegsopferversorgung.

Das Nichtvorhandensein einer Konzeption zur Lösung der sozialen Probleme im Sinne einer modernen und den Ansprüchen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gerecht werdenden Gesundheitspolitik.

Das Nichtvorhandensein einer modernen Energiepolitik.

Die verworrene Problematik der Europa-Politik, die das Verhältnis der Bundesrepublik zur übrigen freien Welt in einem immer zweifelhafter werdenden Licht erscheinen läßt.

Rechnet man zu allen diesen politischen Sorgen der CDU/CSU noch die personellen Auseinandersetzungen innerhalb dieser Parteien über die Kanzlernachfolge hinzu, dann wird deutlich, warum die CDU/CSU jetzt um sich schlägt. - Die Sozialdemokratische Partei wird sich dadurch nicht beirren lassen. Wo es nötig ist, wird sie ohne Ansehen der Person das rechte Wort zu sagen und die richtige Entscheidung zu treffen wissen.

### Sorge um den Bundeskanzler

Er muß von allen Seiten "abgeschirmt" werden

so - In der unmittelbaren Umgebung des Bundeskanzlers sind in den letzten Tagen doch recht erhebliche Bedenken laut geworden, ob es möglich sein würde, Dr. Adenauer noch länger als bis Herbst 1963 an der Spitze der Regierung zu lassen.

Dr. Adenauers Äusserung, er müsse jetzt noch das deutsch-polnische Handelsabkommen unterzeichnen, sind - so wird aus der Umgebung des Bundeskanzlers versichert - leider eine der jetzt schon üblich gewordenen Kurzschlußreaktionen. Es sei nicht so, daß der Bundeskanzler nicht gewußt habe, die bereits vollzogenen Unterschriften in Warschau bestätigten die Gültigkeit des Abkommens; dem Bundeskanzler sei noch wenige Stunden vor seiner Bemerkung Ergebnis und Prozedur mitgeteilt worden. Man habe auch den Eindruck gewonnen, daß er die ihm gemachten Mitteilungen durchaus verstanden habe. Später mußte man allerdings feststellen, daß Dr. Adenauer alles vergessen hatte. Um die polnischen Vertragspartner nicht in Verlegenheit zu bringen, habe das Auswärtige Amt dann die Äusserungen des Bundeskanzlers richtigstellen müssen.

Auch des Bundeskanzlers Äusserung,

- \* "Wenn es wahr ist, daß mehr Menschen durch ihre Dummheit
- \* in den Himmel kommen als durch ihre Klugheit, dann haben
- \* die Europäer alle Aussicht, in den Himmel zu kommen";

wird in der Umgebung Adenauers keineswegs mehr wie früher als "politische Weisheit" gewertet.

Vielmehr hat man mit Entsetzen registriert, daß Dr. Adenauer sich offenbar nicht bewußt gewesen sei, zu welchen Reaktionen diese Äusserung im befreundeten Ausland führen können. Es sei jetzt damit zu rechnen, daß sogar auf diplomatischem Wege versucht werde, den Kanzler zu einer klaren Beantwortung der Frage zu bringen, w e n von den Verbündeten der Bundesrepublik in Europa er der Dummheit bezichtigt habe. Um Peinlichkeiten zu vermeiden, habe das Auswärtige Amt bereits seiner Entschlossenheit Ausdruck gegeben, die Äusserung des Bundeskanzlers als einen "nichtssagenden Scherz" darzustellen.

Alles in allem ist man in der CDU bemüht, den Bundeskanzler in Zukunft so abzuschirmen, daß ähnliche Panzer, wie sie hier dargestellt wurden, nicht allzusehr dem Ansehen der Bundesrepublik schaden.

## "Spiegel-Bericht" der SPD-Bundestagsfraktion

Eine gewissenhafte Darstellung von  
ungeklärten Fragen, Unwahrheiten und Rechtsverstößen

W. J. - Was auch immer in den letzten Tagen versucht wurde, die SPD einzuschüchtern oder von ihrem Vorhaben abzubringen - es hat nichts genützt. Unbeirrt legte sie ihren "Bericht über die Behandlung der Spiegel-Affäre" durch die Bundesregierung" vor.

Zur Frage, welche Aufgabe sich die SPD mit ihrem Bericht gestellt hat, heißt es in der Einleitung: "Um der Wahrheit und Klarheit willen hat es die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion als ihre Aufgabe angesehen, das vorhandene Material gründlich auszuwerten und die verschiedenen Antworten und Auskünfte einander gegenüberzustellen mit dem Ziel:

1. aufzuzeigen, welche Fragen bisher immer noch ungeklärt geblieben sind,
2. darzustellen, bei welchen Gelegenheiten und in welchem Umfange dem Bundestag die Unwahrheit gesagt worden ist und
3. zu untersuchen, ob und wann in dem Verfahren gegen den "Spiegel" gegen das Recht verstossen worden ist.

Um dieses Ziel zu erreichen, wurden die Vorgänge zunächst in ihrem zeitlichen Ablauf so genau wie möglich rekonstruiert. An diese Zeittafel schließt sich der umfangreichste Teil des Berichtes an, die sogenannte Synopse, die die Aussagen aus drei Fragestunden, den Antworten auf zwei kleine Anfragen und aus dem Spiegel-Bericht der Bundesregierung einander gegenüberstellt.

Dabei war es unerlässlich, das gesamte Geschehen in seine einzelnen Phasen aufzugliedern. Aussagen, die für verschiedene Phasen von Bedeutung sind, mußten dabei wiedergegeben werden. Dem möglichen Vorwurf, man habe aus dem Zusammenhang gerissene Abschnitte miteinander konfrontiert, wurde dadurch begegnet, daß die Zitate sehr ausführlich gehalten wurden. Dabei sind die Teile, auf die es in dem jeweiligen Zusammenhang besonders ankommt, durch Fettdruck hervorgehoben, damit der Überblick nicht verloren geht. Immerhin bewirkte die Ausführlichkeit der Zitate einerseits und die Notwendigkeit, eine Reihe von Zitaten mehrfach aufzuführen, daß der Synopse recht umfangreich geworden ist. Sie umfaßt 94 von den insgesamt 104 Doppelseiten des Berichtes.

Die Bemerkungen der SPD-Fraktion, die in eine besondere Spalte der Synopse an den jeweiligen Stellen eingetragen wurden, sind am Schluss noch einmal im Zusammenhang wiedergegeben worden. Aus ihnen sind dann Schlusssfeststellungen im Sinne der eingangs erwähnten Aufgabenstellung herausgehoben worden.

Nach diesen Schlusssfeststellungen werden acht Fragen als noch ungeklärt angesehen. An Unwahrheiten werden Bundeskanzler Dr. Adenauer, die ehemalige Bundesinnenminister Höcherl, fünf und dem ehemaligen Bundesminister Strauss neun, davon drei im Verlauf des Verfahrens selbst und sechs gegenüber dem Deutschen Bundestag vorgeworfen.

Der Bericht kommt ausserdem zu dem Schluss, daß fünf Rechts- und Verfahrensverstöße vorgekommen sind. Sie betreffen die Bundesanwaltschaft, die den Bundesjustizminister nicht unterrichtete, Bundesinnenminister Höcherl, der die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen und Hamburg übergang, Bundesminister a. D. Strauss wegen seiner "spanischen Aktivität" sowie die rechtswidrige Festnahme der Redakteure Ahlers - in Spanien - sowie Engel, Jacobi und Jaene, bei denen die Vorsetzungen für eine Festnahme fehlten. - Diese knappen Feststellungen bieten eine erschütternde Bilanz. Sie zeigen mit eindrucksvoller Deutlichkeit, in welcher Weise sich Dienststellen und Mitglieder der Bundesregierung über ihre Verpflichtungen zu Recht und Wahrheit hinweggesetzt haben.

## Der große Streik in Frankreich

### Seine Ursachen und Auswirkungen

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Der große Streik ist wie eine Naturkatastrophe über das Regime hereingebrochen. Um es offen zu sagen, nicht nur die Minister in ihren Elfenbeintürmen sind erschüttert, auch die Gewerkschaftsführer sind überrascht. Die Wucht und Geschlossenheit, die Solidarität und Ausdauer des französischen Bergarbeiterstreiks übertreffen alle Erwartungen. - In-  
dessen, auch Naturkatastrophen haben Ursachen und folgen bestimmten Gesetzen. Man hat das Schicksal und die Forderungen der Bergarbeiter zu lange ignoriert. Heute präsentieren sie die Rechnung.

### Prozente und Prinzipien

Es begann als Lohnkampf um eine Erhöhung von 11 Prozent. Die Regierung bot 5,77 Prozent. Mit solchen Voraussetzungen läßt sich verhandeln. Die Regierung verfügte aber die Zwangsmobilmachung und entfesselte damit einen leidenschaftlichen Kampf, der nicht mehr um Prozente geht, sondern um Prinzipien. Die französischen Bergarbeiter - und nicht nur sie - fühlen, daß es diesmal um das Streikrecht geht, um die Gewerkschaftsfreiheit und um die Menschenwürde.

### Christliche Gewerkschaften an der Spitze

Die Gewerkschaften aller Richtungen waren sich von Anfang an einig. Besonders aktiv und entschlossen zeigen sich diesmal wieder die christlichen Gewerkschaften. Die kommunistische CGT spielte anfangs eine ausgesprochene bremsende Rolle. Zum Unterschied von den christlichen und sozialistischen Berufsorganisationen gab sie nicht die Parole eines unbegrenzten Streiks aus, sondern beschränkte sich lediglich auf die Erneuerung der Streiklösung für jeweils 24 oder 48 Stunden. Jetzt hat auch sie sich dem Druck "von unten" dem zeitlich unbegrenzten Streik angeschlossen. Der Druck "von unten" ist überhaupt eine der Merkwürdigkeiten der gegenwärtigen Streikbewegung.

### 1959 und 1963

1959 konnte man durch ein Mobilmachungsdekret den Eisenbahnerstreik im Keim ersticken. 1963 ist aber nicht 1959. Die Zeiten haben sich geändert. 1959 lag noch der Algerienkrieg lähmend auf dem ganzen Lande und insbesondere auf der Arbeiterbewegung. Man wollte de Gaulle nicht in den Rücken fallen, als er sich bemühte, in Algerien den Frieden herzustellen und die rechtsradikalen Putschisten niederzuwerfen. 1963 aber ist der nordafrikanische Krieg beendet. Die OAS ist geschlagen, die erfolgreiche UNR (Gaullisten) versprach im Wahlkampf Wirtschaftswunder und sozialer Fortschritt. Die Zwangsmobilisierung mußte unter diesen Umständen katastrophal wirken.

Der Bergarbeiterstreik ist der größte Sozialkonflikt nicht nur der fünften Republik, sondern überhaupt der ganzen Nachkriegszeit seit 15 Jahren.

### Grenzen des Regimes

Warum gerade jetzt diese große Streikbewegung? Das gaullistische Regime schien gefestigt. Die Rechtsopposition ist geschlagen. Die Linksoption ist ausgeschaltet. Als unbeschränkter Herr der französischen Innenpolitik hatte der General nach der Beilegung des Algerienkonflikts freie Hand auch in der Aussenpolitik. Die zahlreichen Schachzüge der letzten Zeit bewiesen es: Brüssel, Bonn, Madrid.

Nun soll das alles durch einen gewöhnlichen Streik in den Kohlengruben zunichte werden? Die Situation ist wirklich ernst. Wenn sich der Premierminister vor den Fernsehschirm stellt und von einer schleichenden, aber tödlichen Krankheit spricht, ist das durchaus keine leere Phrase.

### Tiefe und Breite der Streikbewegung

Dieser Streik ist eben nicht "gewöhnlich", er geht in die Tiefe, indem er nicht nur die Kumpels, ihre Frauen und Kinder erfasst, sondern das ganze Volk der Kohlenreviere bis zu den Grubeningenieuren und Kaufleuten, gesegnet von den Bischöfen und unterstützt von allen Berufsorganisationen und Parteien. Der Streik geht auch in die Breite, indem er sich von Tag zu Tag auf die anderen Staatsunternehmen ausdehnt, insbesondere auf die Eisenbahnen, auf Elektrizität und Gas, vielleicht auf alle Industrien, falls die Regierung sich wirklich zu Sanktionen entschliessen sollte.

### Vor dem Generalstreik ?

Wird sie sich aber dazu entschliessen? Der sozialistisch orientierte Gewerkschaftsbund FO hat deutlich zu verstehen gegeben, daß er in diesem Fall im ganzen Land den Generalstreik ausruft; es besteht kein Zweifel darüber, daß die Gewerkschaften anderer Richtungen die gleiche Lösung ausgeben würden. Gerade deshalb zögert die Regierung mit energischen Schritten. Die Fernsehplauderei des Premierministers war auf gutes Zureden abgestimmt, ohne allerdings wirkliche Zugeständnisse zu machen.

Die Zwangsmobilmachung, die von der Regierung in überstürzter Weise am 2. März im französischen Amtsblatt erschien, blieb seither toter Buchstabe. Noch nie in der Geschichte der französischen Kohlengruben wagte es eine Regierung, die Gesamtheit der Kumpel mit einem derartigen Dekret zur Arbeit zu verpflichten und im Weigerungsfall mit Gefängnisstrafen zu bedrohen. Noch niemals aber ist auch ein derartiger Befehl so erfolglos geblieben.

Die autoritäre Regierung der fünften Republik muß hier eine Schlappe einstecken, die beispiellos ist. Ein auf Macht gegründetes Regime erweist sich als machtlos vor dem einfachen Beschluss der Gewerkschaften: "Alle Räder stehen still"; - Ob das Regime nun nachgibt, oder ob es die letzte Kraftprobe war, eines ist gewiß: diese Prüfung wird für die fünfte Republik, aber auch für die französische Gewerkschaftsbewegung tiefgreifende Änderungen zur Folge haben.

Früher von Stalin "liquidiert" - jetzt "Helden"

Auch Sowjetdeutsche werden gerühmt  
Von Rudolf Hornig

Die 45-Jahr-Feier der Sowjetarmee, die Ende Februar in der UdSSR und auch in den Satellitenstaaten begangen wurde, war für die Moskauer deutsche Wochenschrift "Neues Leben" ein willkommener Anlass, auch den Sowjetdeutschen ein Gefühl für Heldenehrung zu vermitteln. Im Rahmen der seit Jahr und Tag betriebenen Wiedergutmachung an den "Opfern des Personenkults" erfuhren die Sowjetdeutschen bei dieser Gelegenheit, daß sich die Formulierung der Moskauer Wochenschrift in ihrem Leitartikel - "Die Armee des Sowjetlandes ist ein Heer von Recken" - auch auf die in der Sowjetunion lebenden Deutschen bezieht und dass diese gleichfalls, wenn schon von Recken die Rede ist, berühmte "Soldaten der Revolution" aus der Zeit des Bürgerkrieges und "Helden der Sowjetunion" aus der Zeit des zweiten Weltkrieges) aufzuweisen haben.

Für den Schulgebrauch

Ohne Zweifel ist sich das "Neue Leben" stets dessen bewußt, dass es bei dem Mangel an deutschen Schulbüchern in vielen Gebieten der Sowjetunion oft als einziger Lehr- und Lesebehelf dienen muß. Die Geschichten, die das "Neue Leben" aus dem Alltagsleben der Sowjetdeutschen berichtet, passen sich deshalb weitgehend dem Stil von Lesebuchgeschichten an und sind so einfach geschrieben, dass sie auch die sowjetdeutschen ABC-Schützen in ihren Deutschstunden (dreimal wöchentlich von der zweiten Grundschulklasse an) verstehen können. Darüber hinaus erfahren nicht nur die sowjetdeutschen Schüler, sondern auch ihre Eltern sehr oft von Dingen und Ereignissen, die sonst nirgends verzeichnet sind, obwohl sie sicherlich zum Verständnis der Geschichte dieser Deutschen seit dem Bestehen der Sowjetunion viel beitragen könnten und deshalb auch allgemein bekanntgemacht werden sollten.

So dürfte es in der Sowjetunion heute kaum allgemein bekannt sein, dass es in den Jahren des Bürgerkrieges (nach der kommunistischen Revolution 1917) auch ein deutsches kommunistisches Freiwilligen-Regiment gegeben hat, das im Oktober 1918 in Saratow an der Wolga aufgestellt wurde. Ab Juli 1919 hieß es "75. Katharinenstädter Deutsches kommunistisches Schützenregiment" und hatte einen deutschen Kommandanten namens Andreas Heinrich Fuchs. Diesen Fuchs hat jetzt das "Neue Leben" seinen Lesern als einen "Soldaten der Revolution" vorgestellt, der auch zu den "Opfern des Personenkults" gehört. Seine Geschichte ist eine wahre Lesebuchgeschichte, wie man sie jetzt überall in der Sowjetunion pflegt, um das Gefühl für Helden zu wecken, die der Jugend als Vorbild zu dienen haben.

Regiment der Wolgadeutschen

Der Name des Regiments zeigt seine Herkunft an. Katharinenstadt, heute Marxstadt genannt, war die Hauptstadt der späteren autonomen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen am linken Wolgaufer gegenüber und südlich von Saratow. Das Zentrum der Wolgadeutschen, kulturell und wirt-

schaftlich, befand sich in Pokrowsk, dem heutigen Engels, das gegenüber von Saratow am anderen Wolgaufer liegt. Da beim Geburtsort des Regimentskommandanten Fuchs neben dem russischen Namen Popwokino auch der ehemalige deutsche Name Jost angegeben wird, haben wir es bei Fuchs mit einem Wolgadeutschen zu tun sowie mit der Tatsache, dass Stalin auch solche Fakten vom Tisch gefegt hat, als er im letzten Kriege die Republik der Wolgadeutschen liquidieren und deren Bewohner nach Sibirien deportieren liess.

Dabei muss sich das Fuchs'sche Regiment, dem Deutsche aus den damaligen Gouvernements Saratow und Samara angehörten und das schon im Dezember 1918 bei Charkow zum Einsatz kam, sehr wacker geschlagen haben, denn Fuchs wurde Anfang April 1919 das Mitgliedsbuch der Partei feierlich ausgehändigt. Als Fuchs im Herbst 1919 kampfunfähig wurde, machte man ihn zum Stabschef eines Gebietsbataillons in Krassny Jar, das 1920 und 1921 "heldenhafte Arbeit" leistete. Dann war Fuchs leitender Partei- und Sowjetfunktionär an der Wolga und hatte 1927 bis 1930 sogar einen diplomatischen Auftrag in Deutschland durchzuführen. Aus heiterem Parteihimmel wurde er am 30. März 1937 als "Volksfeind" verhaftet. Es kann jetzt nur noch berichtet werden, dass er im Jahre 1943 als "Opfer des Personenkults" gestorben ist; wo er die sechs Jahre nach seiner Verhaftung zugebracht hat, brauchen die Sowjetdeutschen offiziell nicht zu wissen. Sie werden sich ohnehin ihren eigenen Vers machen.

#### Auch im zweiten Weltkrieg tapfere Soldaten

Von den Wolgadeutschen und ihrem Deportiertenschicksal ist in "Neuen Leben" niemals die Rede, es sei denn, dass ein sibirischer Leser mal schreibt, er habe früher in einem "Ort an der Wolga" gewohnt. Gelegentlich wird auch davon berichtet, dass sich dieser oder jener jetzt in Sibirien lebende Deutsche im zweiten Weltkrieg ausgezeichnet hätte oder dass die junge Generation immer wieder lobende Anerkennung in der Armee finde. Das sind dann die "Helden der Armee" oder die "Helden der Sowjetunion", die dem Nachwuchs als Vorbilder hingestellt werden. In der gleichen Nummer des "Neuen Leben", in der der "Soldat der Revolution" Fuchs post festum gelobt werden durfte, ist ein grosser Beitrag auch einem "Helden aus der Arbeiterstrasse" gewidmet. Diese "Arbeiterstrasse" gibt es in Ust-Kamenogorsk und es wohnt dort im Ruhestand Peter K. Müller, ein "Held der Sowjetunion" aus dem zweiten Weltkrieg. Dieser Sowjetdeutsche Müller kam im Mai 1942 zur Armee und war an Don so tapfer, dass er den Orden des Roten Sterns erhielt. Zum Obersergeanten avanciert war Müller, der damals einem Garderegiment angehörte, der Held einer Kampfepisode bei Kiew (Ende Oktober 1943). Er hatte einen liegengebliebenen deutschen Panzer erreicht und beschloss vor dort aus die deutschen Linien, bis ihm die Munition ausging und der Panzer schon umstellt war. Es kam aber Entsatz in letzter Minute und der Held des Tages bekam später eine überaus seltene Auszeichnung den Goldenen Stern (No. 2445).

Derartige Heldensagen sollen die Leser des "Neuen Leben" zu grösseren Arbeitsleistungen anspornen und der sowjetdeutschen Jugend "Idole" liefern.